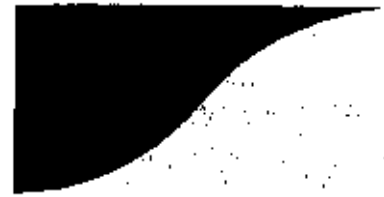


Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 pptrn d



Inhalt

Peter Glotz MdB, Bundes-
geschäftsführer der SPD,
zur Uneinigkeit der Union
in der Sicherheitspolitik;
Nachvollzug der Kämpfe
und Krämpfe der US-Admini-
stration. Seite 1

Erwin Horn MdB stellt
fest, daß die Soldatenfa-
milien unter der Sturheit
des Verteidigungsministe-
riums leiden: Unzumutbare
Situation. Seite 3

Dietrich Sperling MdB
setzt sich dafür ein, daß
der Wohnungsbauminister
den Haushalt umstellt: Die
Verkehrsberuhigung för-
dern? Seite 4

Horst Niggemeier antwortet
Jochen Poß: Es geht um
Grundsatzfragen und
Glaubwürdigkeit.
Seite 5

39. Jahrgang / 157

18. August 1983

Union in der Sicherheitspolitik uneinig

Dregger fällt Kohl in den Rücken und hilft Mr. Weinberger

Von Peter Glotz MdB
Bundesgeschäftsführer der SPD

Schon elf Monate nach Übernahme der Bundesregierung fällt die CDU/CSU in einer zentralen Frage deutscher Politik total auseinander: in der Abrüstungspolitik ist nach dem Spiegel-Interview Alfred Dreggers und der nachgeschobenen Pressekonferenz mit Jürgen Todenhöfer keinerlei Linie innerhalb der größten Regierungspartei mehr erkennbar.

Man muß sich die Vorgänge schon auf der Zunge zer-
gehen lassen: Da nimmt sich der Fraktionsvorsitzende
der CDU/CSU Kohls Intimfeind Todenhöfer, der dem
Oppositionsführer Kohl einst vorgehalten hatte, man
könne nicht im Schlafwagen zur Macht kommen und ver-
anstaltet mit ihm eine dicke Pressekonferenz. Und auf



dieser Pressekonferenz verkündet der Fraktionsvorsitzende dann das exakte Gegenteil dessen, was Außenminister Genscher aus Rumänien und Bundeskanzler Kohl in seinem Washington Post-Interview gesagt haben: er besteht auf dem sogenannten "Waffen-Mix" von Pershing II und Cruise Missiles und übernimmt sogar die Position der englischen Hardliner: Er sagt, die Bundesrepublik könne nicht jede amerikanische Konzession hinnehmen. Auf deutsch: während Genscher und Kohl Paul Nitze vorsichtig gestützt haben, fällt Dregger ihnen in den Rücken und stützt die Weinberger-Fraktion.

Dies bedeutet, daß die CDU/CSU sich in Spiegelbildkonflikten erhitzt. Die Fraktionierungen der amerikanischen Administration suchen und finden fellow travellers in der Union und veranstalten deutsche Stellvertreterkriege. Die Waffen-Mix-Debatte in der Union, von einigen rechtsliberalen Gazetten heftig angeheizt, zeigt, wie sehr sich die CDU/CSU in intellektuelle und politische Abhängigkeit zur Sicherheitspolitik des amerikanischen Neokonservatismus begeben hat: sie leistet nicht etwa einen eigenständigen Beitrag zur Sicherheitsdebatte, sondern vollzieht nach - die Kämpfe und Krämpfe der amerikanischen Administration lösen in der Union deutsche Zuckungen aus. Ein trauriges Bild.

(-/18.8.1983/hi/rs)

+ + +



Unzumutbare Situation

Soldatenfamilien leiden unter der Sturheit des Verteidigungsministeriums

Von Erwin Horn MdB

Obmann der Arbeitsgruppe Sicherheitsfragen der SPD-Bundestagsfraktion

Das Bundesverteidigungsministerium hat in seinen wehrpsychologischen Untersuchungen eine Ausarbeitung über "Mobilität in der Bundeswehr" anfertigen lassen. Gegenstand dieser Untersuchung ist die Versetzungshäufigkeit bei den Soldaten.

Von allen Berufsgruppen müssen die Soldaten am häufigsten umziehen. Nach wie vor wechseln rund 12.000 Soldaten-Familien jährlich den Standort aufgrund dienstlicher Versetzungen, mit allen damit verbundenen sozialen Problemen: von der Arbeitsplatzsuche der Ehefrau, die gestörte Schul- und Berufsausbildung der Kinder bis hin zu den Wohnungsproblemen. Der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages, der Bundeswehr-Verband und die politischen Parteien haben immer wieder gefordert, die Versetzungshäufigkeit weiter abzusenken und zugleich durch Fortentwicklung der Wohnungsfürsorge und des Umzugskostenrechts die Versetzungsfolgen abzumildern.

Konsequenzen sind hieraus jedoch leider bislang nicht gezogen worden. Die Bundesregierung hat es erneut abgelehnt, zusätzliche Haushaltsmittel zur Abmilderung der aus der Versetzungshäufigkeit resultierenden Härten einzustellen.

Die wehrpsychologischen Untersuchungen des Bundesverteidigungsministeriums "Mobilität in der Bundeswehr" führen unter anderem aus:

- Trennungen führen zu starken Belastungen bei Ehepartnern und zu Schwierigkeiten mit den Kindern.
- Versetzungen führen zu großen Spannungen innerhalb der Familie, insbesondere in der Loslösung aus dem alten sozialen Umkreis und wegen neuer unattraktiver Standorte.
- Besonders groß ist die Belastung der Kinder, was sich im Leistungsabfall in der Schule sehr häufig niederschlägt.
- Bei einem Viertel der Offiziere und einem Viertel der Ehefrauen hat sich die Einstellung zum Offizierberuf aufgrund der häufigen Versetzungen negativ verändert.

Trotz dieser allgemeinen Feststellungen, die nunmehr auch wissenschaftlich erhärtet sind, hat es die Bundesregierung erneut abgelehnt, die unzumutbare Situation der von Versetzungen betroffenen Soldaten-Familien in irgendeiner Form zu erleichtern.

Selbst geringfügige Abhilfemaßnahmen, die kostenmäßig keine drei Millionen DM pro Jahr ausmachen, nämlich eine zweite Familienheimfahrt für Trennungsgeldempfänger pro Monat und die Verbesserung der Kostenerstattung beim Nachhilfeunterricht sind im vergangenen Jahr dem Rotstift des Finanzministers zum Opfer gefallen. Neue Initiativen in dieser Richtung sind nicht entwickelt worden.

Wegen der Versetzungshäufigkeit ist auch eine funktionierende Wohnungsfürsorge für die Soldaten vordringlich. Hierbei geht es um die Gestaltung sozial gerechter Mieten, die in den letzten Monaten gerade in Bundesbediensteten-Wohnungen kräftig angestiegen sind, wie auch um die Sicherung des Wohnungsbestandes in den Ballungsgebieten, um nur einige Punkte dazu zu nennen.

Es ist die Pflicht des Verteidigungs-Ausschusses den Belangen der Soldaten, die hier in einer mit anderen Berufsgruppen nicht vergleichbaren Situation sind, gerecht zu werden. Die geradezu sture, bürokratische Verhaltensweise des Bundesverteidigungsministers ist unverantwortlich gegenüber den Soldaten. (-/18.8.1983/hi/ca)



Verkehrsberuhigung fördern?

Der Wohnungsbauminister muß den Haushalt umstellen

Von Dr. Dietrich Sperling MdB

Mitglied im Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

Maßnahmen der Verkehrsberuhigung sind nicht teurer als "normaler" Straßenbau. Dies ist das Ergebnis einer Forschungsarbeit, die Bauminister Schneider der Öffentlichkeit bekannt gemacht hat. Die Feststellung ist wichtig. Verkehrsberuhigung setzt sich als Konzeption für eine Straßenraumgestaltung in Wohngebieten, die das Vorrecht der Autos bricht und allen Verkehrsteilnehmern gleiche Rechte einräumt, immer mehr durch. Sogar Organisationen, wie einige Automobilclubs, die der Idee der Verkehrsberuhigung zunächst abwartend bis skeptisch gegenüberstanden, beginnen diese "Straßenphilosophie" zu akzeptieren.

Ergebnis einer anderen Untersuchung ist, daß mit der Durchführung von verkehrsberuhigenden Maßnahmen wesentlich mehr Arbeitsplätze gesichert und geschaffen werden als zum Beispiel durch den Bau von Fernstraßen.

Hinzu kommt: Der Bedarf an landschaftszerschneidenden Fernstraßen ist weitgehend gedeckt.

Der Bedarf an verkehrsberuhigenden Maßnahmen in Wohngebieten ist riesig groß. Hier vermisse ich vom Wohnungsbauminister, der sich auch für die Qualität des Wohnens verantwortlich fühlen muß, den zweiten Schritt: In Kenntnis dieser Lage und unter Berücksichtigung der höheren Beschäftigungswirksamkeit der Verkehrsberuhigung, die Forderung nach Umschichtung von Haushaltsmitteln vom Fernstraßenbau zur Verkehrsberuhigung. (-/

+ + +



Replik auf Jochen Poß

Es geht um Grundsatzfragen und Glaubwürdigkeit

Von Horst Niggemeier

Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Recklinghausen und
Mitglied des SPD-Landesverbandes NRW

Die deutliche Abgrenzung der SPD gegenüber der marxistisch-leninistischen DKP ist unverrückbarer Bestandteil sozialdemokratischer Parteiprogrammatik. Und auch der gegenüber dem Kommunismus gefaßte Abgrenzungsbeschluß des SPD-Parteirates vom 26. Februar 1971 und seine nochmalige Auflage im Juli 1977 sind nicht Ausdruck dafür, daß sich die SPD damit einen Popanz aufgebaut hat, wie der Gelsenkirchener SPD-Unterbezirksvorsitzende Jochen Poß das zu bezeichnen pflegt, wenn man auf die Notwendigkeit dieser Abgrenzung hinweist.

Die DKP ist eine real existierende Kaderpartei in der Bundesrepublik, deren leninistischer Kampfauftrag es ist, in Ermangelung ausreichender eigener Wählerattraktivität über den Umweg von Massenbewegungen, Massenorganisationen und Tarnorganisationen, wie zum Beispiel die DFU und andere, ihre politischen Ziele durchzusetzen.

Wer als aktiver Sozialdemokrat - und ein solcher ist Jochen Poß, der sein politisches Zuhause zwar nicht in der industriellen Arbeitswelt hatte, aber sich nach seiner Beamtenausbildung unmittelbar der Politik widmen konnte - nicht unmißverständlich dem unaufhörlichen Streben der Kommunisten nach Aktionseinheit mit der SPD eine Absage erteilt, gerät leicht in die Gefahr, sich als Stichwortgeber für die konservativen Kräfte im Lande zu eignen. Daß ich deshalb aus aktuellem Anlaß an Peter Glotz geschrieben habe, geht aus dem Inhalt meines Briefes unzweideutig hervor. Einräumen muß ich bei dieser Gelegenheit allerdings, daß mir die Fähigkeit fehlt, aus tagesopportunistischen Gründen dann zu schweigen, wenn es um Grundsatzfragen und die Glaubwürdigkeit unserer Partei geht. Da gilt für mich die Devise, lieber vorsorglich auf Gefahren hinweisen, als sich bei unterlassener Warnung diesen Gefahren später hilflos ausgesetzt zu sehen. Dann nämlich wäre es zu spät.

Im übrigen bin ich weit davon entfernt, jene als Kommunistenfreunde zu bezeichnen, die nicht die von mir geteilte sicherheitspolitische Auffassung des früheren Bundeskanzlers Helmut Schmidt vertreten. Die Beweisnot würde schon in der nächsten Kirchengemeinde eintreten. Ebenso töricht wäre es jedoch, die erfolgreiche kommunistische Einflußnahme auf die derzeitige friedenspolitische Diskussion zu leugnen. (-/18.8.1983/ni/ca)

+ + +

